

**Rede
des Sprechers für Kommunalpolitik**

Bernd Lynack, MdL

zu TOP Nr. 19

**Entlastungen niedersächsischer Kommunen durch
den Bund und Entlastungen des Landes Niedersach-
sen durch den Bund**

während der Plenarsitzung vom 18.08.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

ich möchte mich an dieser Stelle für diese Anfrage bedanken. Das Auskunftsrecht des Parlaments gegenüber der Regierung ist ein hohes und wichtiges Gut. Die Antworten helfen uns im Parlament, unsere Debatten zu versachlichen, und um weitere Aspekte zu erweitern.

Gerade auch diese große Anfrage zu Bundesentlastungen für Land und Kommunen hilft die Debatte um die finanzielle Ausstattung der Kommunen mit Fakten zu füttern. Ich glaube allerdings, dass die fragende CDU-Fraktion sich an dieser Stelle andere Antworten erhofft hatte. Man kann nämlich in der Summe der Antworten festhalten, dass die Landesregierung – und insbesondere das Innen- und das Finanzministerium –, sowie die nachgeordneten Behörden hier einen wirklich guten Job machen, meine Damen und Herren.

Die Zuweisungen, die vom Bund kommen, werden mit wenigen, aber dafür gut begründeten Ausnahmen vom Land komplett an die niedersächsischen Kommunen weitergereicht.

Aber damit nicht genug: Auch das Land selbst hat die Mittel, die es aus eigener Tasche an die Kommunen zahlt erhöht. So z. B. im Zusammenhang mit dem starken Anstieg an Asylbewerbungen im vergangenen Jahr. Gleichzeitig nutzen wir erhöhte Bundeszuweisungen, wie z. B. im Zusammenhang mit der neuen Finanzierung des BAföGs dazu, in die Zukunft unserer nachfolgenden Generationen zu investieren.

Soweit so gut. Nach der Lektüre der Antwort auf die große Anfrage lässt sich aus meiner Sicht beim besten Willen nichts an der Arbeit der Landesregierung aussetzen.

Im Vorfeld der heutigen Debatte habe ich natürlich meine grauen Zellen bemüht, um mir auszumalen, was die CDU – jetzt dreieinhalb Wochen vor der Kommunalwahl – wohl aus dem Hut zaubern könnte. Wäre ja schon blöd, wenn man da nichts finden könnte so kurz vor der Wahl. Ich bin dann zu folgenden Möglichkeiten gekommen:

Option A:

Das Land behält zu viel von den Bundesmitteln, die für die Kommunen bestimmt sind. Das, verzeihen Sie meine Damen und Herren von der CDU, traue ich nicht einmal Ihnen zu, dass Sie das nach dieser Antwort der Landesregierung ernsthaft behaupten würden. Also lieber schnell weiter zu

Option B:

Das Land gibt den Kommunen viel zu wenig Geld dazu. Dieses Argument haben Sie ja gerade auch bei den zwischenzeitlich stark gestiegenen Kosten für die Flüchtlingsunterbringung angebracht. Aber irgendwie zieht es auch nicht so richtig. Wenn man sich anschaut, dass die Einnahmen des Landes vom Bund herrühren – wir hier in Hannover also nur an der Ausgabenschraube drehen können – und wenn man weiter berücksichtigt, dass wir auf die Schuldenbremse zusteuern und man dann folgerichtig dazu kommt, dass der Bund hier seiner politischen, wie auch finanziellen Verantwortung nur unzureichend gerecht wird, muss man sagen, dass das Land hier mit dem schnellen und unkomplizierten Bereitstellen weiterer Mittel, einen grandiosen Job gemacht hat und auch weiter macht!

Und ich würde Ihnen auch nicht wirklich empfehlen, diese Lesart zu betonen. Früher oder später wird man immer darauf kommen, dass dieses Problem auf die wenig nachhaltige Finanzpolitik von Wolfgang Schäuble zurückzuführen ist. Also habe ich mir bei der Vorbereitung auf heute gesagt: *"Bernd, diese Variante ist damit auch ganz klar raus."*

Dann aber Option C:

Das Gegenteil der Forderung, dass wir zu wenig Geld ausgeben, ist, dass wir zu viel Geld ausgeben und in Zeiten hoher Steuereinnahmen zu wenig an den Schuldenabbau denken. Auch das ist ein beliebtes Argumentationsmuster aus schwarz-gelber Richtung. Ich weiß ja, wie unfassbar heilig Ihnen die *„Monstranz der schwarzen Null“* ist. Aber auch hier wird es irgendwie schwierig. So hat Rot-Grün doch die Neuverschuldung gerade auch gegenüber der CDU/FDP-Vorgängerregierung heruntergefahren und geht jetzt auf einen ausgeglichenen Haushalt

noch vor dem Erreichen der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse im Jahr 2020 zu.

Und ja, meine Damen und Herren, ich weiß, es lag alles nur an den äußeren Umständen, und Kabinetts-Liebling Peter-Jürgen Schneider muss quasi nur wie eine Figur aus dem Grimmschen Märchen herumlaufen und die Goldtaler einsammeln, die vom Himmel fallen.

Aber, meine Damen und Herren von der Opposition, die Forderung, dass muss die Regierung alles noch schneller und besser hinbekommen, ist wirklich das einfachste aller Oppositionsargumente. Und Sie wissen so gut wie wir, dass das immer deutlich leichter gesagt ist als getan. Im Übrigen auch gerade, wenn man die Regierungsverantwortung hat und jeder Sparschritt auf der einen Seite fehlende Investitionen auf der anderen Seite bedeutet.

Und hier hat die Landesregierung einen wirklich guten Mittelweg gefunden, um das Interesse nach Abbau der Neuverschuldung und das Bedürfnis nach Investitionen in die Zukunft unter einen Hut zu bekommen. Es ist gelungen, einen fairen Interessenausgleich hinzubekommen.

Und, meine Damen und Herren, es ist und bleibt eben dabei: Ein bloßer strikter Sparkurs ist eben nur die halbe Miete einer gerechten Politik. Übrigens auch für nachfolgende Generationen. Wenn Sie zeitgleich z. B. an Infrastruktur und Bildung sparen, dann würde das unsere Kinder und Kindeskinde später noch teuer zu stehen kommen und wir haben ihnen nicht mehr als einen Bärenienst erwiesen.

Anrede,

die Antworten auf diese Große Anfrage sind ein Bündel an guten und interessanten Fakten. Sie sind aber beim besten Willen kein Material für den Kommunalwahlkampf im Plenarsaal. Also lassen Sie uns die letzten dreieinhalb Wochen nutzen, um mit guten Argumenten beim Bürger um Stimmen zu werben. Viele Kandidatinnen und Kandidaten haben ja sogar ein eigenes Programm geschrieben.

Lassen Sie uns miteinander für eine hohe Wahlbeteiligung werben, um geistige Brandstifter möglichst klein zu halten.

Anrede,

ich halte fest: Diese Landesregierung ist eine sehr kommunalfreundliche Landesregierung. Von *"klebrigen Fingern"* bei der Durchleitung von Bundesmitteln kann überhaupt keine Rede sein.

Es war gut, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, dass Sie diese Anfrage gestellt haben. So wird deutlich, wie sehr die Kommunen von dieser Landesregierung unterstützt werden.

Die Anfrage mit der Antwort der Landesregierung ist für alle, die kommunalpolitische Verantwortung tragen, absolut lesenswert. Reichen Sie sie bitte weiter.

Vielen Dank